Abg. Zimmermann (nl.): Wir begrüßen das russische Friedensangebot. Hoffentlich werden die Hunderttausend deutscher Zivilgefangenen in Rußland endlich frei.

Abg. Graf Westarp (kons.) bedauert die Angriffe der Sozialdemokratie gegen den Staatssekretär v. Waldow.

Die Kriegskreditvorlage wird darauf unter lebhaftem Beifall gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

In einer Entschließung wird der Reichskanzler ersucht, aus Reichsmitteln den Betrag von 30 Millionen Mark jährlich den Gemeinden zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zur Beschaffung von Kohlen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Liesching (Soziale Vp.) begründet den Antrag.

Staatssekretär Graf Roedern stimmt zu.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Präsident Dr. Kaempf schlägt dem Hause vor, sich jetzt zu vertagen und ihn zu bevollmächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen. Die Vertagung soll keinesfalls von längerer Dauer sein.

Die Sozialdemokraten beantragen Vertagung nur bis Montag, damit der Reichstag bei den bevorstehenden wichtigen Entscheidungen nicht ausgeschaltet werde.

Es bleibt beim Vorschlage des Präsidenten.

Schluß 4¼ Uhr.

Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, den 1. Dezember 1917.

Der Hauptausschuß des Reichstags hielt heute eine erneute Aussprache über die Kohlenversorgung.

Ein sozialdemokratischer Redner glaubte feststellen zu können, daß der Kohlenhandel versagt habe. Den Gemeinden seien bei der Kohlenvermittlung größere Rechte einzuräumen.

Der Vertreter des Reichskohlenkommissars erklärte, die Kohlendecke sei bekanntermaßen unzureichend, so daß überall Einschränkungen geboten seien, auch beim Hausbrand. Für das Reichskommissariat sei es keine geringe Aufgabe gewesen, ein Verteilungssystem aufzustellen. In jedem Monat werde das Soll und Haben an Kohle festgestellt und danach, entsprechend dem Ergebnis der Förderung und der für die Verbrauchshöhe genommenen Anhaltspunkte, die Verteilung geregelt. Für den Hausbrand seien 2,8 Millionen Tonnen monatlich in Ansatz gebracht. Da bei Eisenbahnen, Marine usw. an Kohlen nicht gespart werden könne, sei man genötigt gewesen, der Industrie größere Einschränkungen aufzuerlegen, um den Hausbrand zu sichern. Bei der Versorgung spielten auch Transport- und Arbeiterfragen eine große Rolle. Hinzukomme die verminderte Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft infolge der Ernährungslage. Die in den Bergwerken beschäftigten Gefangenen leisteten vielleicht ein Drittel der Arbeit eines freien Bergarbeiters. Der Ausschluß des Handels sei nicht angängig, wohl aber sei seine schärfere Kontrolle möglich und auch angeordnet. Gegenüber Verstößen gegen die amtlichen Anordnungen werde scharf vorgegangen; schon seien Vertreter des Handels und Kohlenbesitzer in Haft genommen, ihre Kohlen beschlagnahmt und in amtliche Bewirtschaftung genommen worden.

Ein Fortschrittler meinte, durch die [illegible] Besprechungen wäche kein Hectner Kohle mehr gewachsen. Außerdem handle es sich nicht ja sehr um eine Frage der Sicherung — mit den Worten: größere Mengen —, es handle sich um eine Frage der Beschaffung, und für January stehe Besserung in sicherer Aussicht.

Der Chef des Kriegsamts, Generalmajor Scheuch, stellte fest, daß militärische Stellen und Kriegsamt den Hausbrand keineswegs stiefmütterlich behandelten. Der Hausbrand sei als gleich wichtig von Anfang an bezeichnet, behandelt und keineswegs zugunsten der Rüstungsindustrie zurückgesetzt worden. Diese sei vielmehr zugunsten der Belieferung mit Hausbrand gekürzt worden.

Ein Nationalliberaler wünschte keine allzu große Einschränkung der Industrie und keine weitere Stillegung von Betrieben. Man hätte schon früher die Rheinschiffahrt für den Kohlentransport so in Anspruch nehmen sollen, wie es jetzt geschehe.

Nach kurzen weiteren Feststellungen durch Admiral Gibsinghaus und General Scheuch wurde die Kohlenerörterung geschlossen und die gestern abgebrochene Beratung der Haferversorgung und des Haferpreises weitergeführt.

Ein konservativer Redner fand den Preis von 400 M für die Tonne Hafer nicht als zu hoch, solle nicht der Anbau leiden. — Ein Fortschrittler wandte sich gegen den erhöhten Haferpreis. — Ein unabhängiger Sozialist erklärte, die Preiserhöhung werfe ein schlechtes Licht auf gewisse landwirtschaftliche Kreise, sie hielten mit der Ablieferung zurück, weil sie glaubten, daß schließlich doch eine Nachzahlung gewährt werde.

Staatssekretär v. Waldow erwiderte, ihm sei ebenso unangenehm gewesen, wie anderen, die durch Bundesratsverordnung vom März 1917 festgesetzte Preisrelation zu durchbrechen; solange habe er sich dagegen gesträubt, bis feststand, daß nur durch eine Erhöhung des Preises die nötigen Mengen von Hafer rasch zu liefern wären. Erst als er die Verantwortung für eine Verzögerung nicht mehr habe tragen können, habe er die Preiserhöhung verfügt.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erblickte in den Vorgängen einen Beweis für die „Unbotmäßigkeit" der in der Landwirtschaft tätigen Heimgenossen. Hätte man der Landwirtschaft die starke Hand gezeigt, dann wären genügende Mengen an Hafer ohne die Preiserhöhung zur Ablieferung gelangt. Mit den Arbeitern und Gewerbetreibenden verfahre man ganz anders und zwinge sie ebenfalls zur Pflichterfüllung. Wenn das Kriegsernährungsamt fortfahre, die Interessen der Verbraucher so außer acht zu lassen, wie es geschehen sei, so werde seine Partei die Vertretung im Ernährungsamt [illegible].

Staatssekretär v. Waldow bestritt entschieden, daß die Politik des Kriegsernährungsamts irgendwie im Sinne der agrarischen Interessen geführt worden. Würde man die landwirtschaftliche Erzeugung entsprechend fördern, dann würden die Vorräte geringer und die Verbraucher in höherem Maße darunter leiden. Die Preise für Getreide und Lebensmittel wären im Auslande viel höher als bei uns; daß dürfe nicht außer acht bleiben.

Ein konservativer Redner wandte sich mit großer Schärfe gegen die fortwährenden Angriffe auf die Landwirtschaft.

Die Erörterung wurde geschlossen und sodann nach Begründung durch einen nationalliberalen Redner der gestern mitgeteilte gemeinsame Antrag einstimmig angenommen, betreffend Einsetzung eines Unterausschusses zur Prüfung der Fragen der Preise für Kriegslieferungen, der Lieferungen ins Ausland während des Krieges und der Kriegsgesellschaften.

Staatssekretär Exc. v. Stein erklärte sich bereit, dem hier vorgeschlagenen Ausschuß jede mögliche Auskunft über die Kriegsgesellschaften zu geben, was bei den Verhandlungen nicht schon in den nächsten Tagen zu beginnen, da er das Kriegsernährungsamt einzurichten habe, wenn nicht wichtige [illegible] erledigen sollten.

Die Sitzung [illegible] vertagt.

Erklärungen von Kühlmanns im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages ist am Sonnabend nach der Vollversammlung wieder zusammengetreten, um vertrauliche Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. von Kühlmann entgegenzunehmen. Nach kurzer Dauer wurde die Sitzung geschlossen. Der Termin für die nächste Sitzung wird offengehalten; je nachdem sich die politische Lage gestaltet, früher oder später, wird der Ausschuß wieder zusammentreten.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. Dezember 1917.

—* Tagesordnung zur Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums am Dienstag, den 4. Dezember 1917, abends 6 Uhr. 1. Ratsbeschluß, Neuregelung der Gehaltsbezüge der städtischen Beamten und Angestellten betr. 2. Ratsbeschluß, desgl. der Bürgerschullehrer betr.

—* Auszeichnung. Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet wurde der Soldat Willy Ladegast, zur Zeit verwundet in einem Res.-Lazarett, Sohn des Eisenbahnbeamten Paul Ladegast, hier.

—* Verleihungen. Von Sr. Maj. dem König wurden verliehen: das Ehrenkreuz für freiwillige Wohlfahrtspflege im Kriege Frau Hegemeister geb. Grahl in Riesa; die Friedrich-August-Medaille in Silber mit Spange den Helferinnen Anna Marie Magdalene Wittig in Pausitz b. Riesa, Marianne Helm, Charlotte Pauline Laura Müller und Margarethe Hildegard Heyn in Riesa, Susanne Burkhardt in Gröba b. Riesa, Johanna Margarethe Schönherr in Riesa.

—* Der gestrige erste Adventssonntag trug ein unwirtliches Gepräge. Heftiger Sturm, wie er selbst in dieser Jahreszeit sonst nicht häufig vorkommt, brauste wieder über die Stadt hinweg. Wie Meldungen erkennen lassen, sind Störungen im Verkehrswesen, insbesondere im Zugs- und Fernsprechverkehr, nicht ausgeblieben. Wiederholt einsetzende Schneetreiben machten den Aufenthalt im Freien noch unerträglicher. Ueber Nacht hat nun der Winter die Herrschaft vollends an sich genommen. Die Temperatur bewegte sich in den Nachtstunden wieder einige Grad unter dem Gefrierpunkt und stieg auch im Laufe des Tages nur wenig höher. Die nachts gefallene leichte Schneedecke vermochte sich daher auch den Tag über zu halten. Hoffentlich führt der Winter nicht gleich ein gar zu strenges und andauerndes Regiment. Die Menschen hätten es nicht ungern gesehen, wenn die Mitte voriger Woche eingetretene Erwärmung der Temperatur noch etwas angehalten hätte.

—* Zu empfindlichen Störungen kam es, wie man uns mitteilt, an den letzten stürmischen Tagen im Leitungsnetz der Ueberlandzentrale Gröba. In zahlreichen benachbarten Gemeinden gab es sowohl am gestrigen Sonntag, wie auch am vergangenen Dienstag, sowie Sonnabend und Sonntag vor acht Tagen weder Licht noch Kraft. Besonders das Fehlen der letzteren wurde in den landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem aber in den elektrisch angetriebenen Wasserleitungsanlagen sehr unangenehm empfunden. In einem nahegelegenen Dorfe gab es 36 Stunden lang kein Trink- und Nutzwasser. Die Folgen, die in diesen Fällen ein etwa ausbrechender Brand haben könnte, lassen sich nicht übersehen.

—* Verlustliste. Eingegangen ist die am 28. November 1917 ausgegebene Sächsische Verlustliste Nr. 465, die in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme ausliegt.

—* Se. Majestät der König haben für Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz einen Beitrag von 1000 M. gestiftet.

— Ordensverleihung an den König. Das Königlich sächsische Militär-Verordnungsblatt veröffentlicht nachstehendes Telegramm, das Se. Majestät der König von Wien aus an das sächsische Kriegsministerium gerichtet hat: „Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn hat mir das Großkreuz des Maria-Theresien-Ordens verliehen. Hocherfreut teile ich diese herrliche Auszeichnung meiner Armee mit, da ich darin eine ganz besondere Anerkennung ihrer großen Taten und vorzüglichen Haltung während dieses ganzen Krieges und namentlich während der Wiedereroberung von Galizien von seiten unseres treuen Verbündeten erblicke. Wien, Hofburg, 28. November 1917. Friedrich August."

— Keine Leb- und Honigkuchen. Das Publikum bestürmt die Händler, die Händler bestürmen die Fabrikanten mit Anfragen, wann der Weihnachtspfefferkuchen kommt. Um unnützige Anfragen und Arbeit zu ersparen, sei darauf hingewiesen, daß den Fabriken von der Reichsgetreidestelle seit langem kein Mehl mehr zur Herstellung von Leb- und Honigkuchen für den Bedarf der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Die Fabrikanten können daher keinen Leb- und Honigkuchen für die Zivilbevölkerung backen. Auf den Weihnachtspfefferkuchen müssen wir also in diesem Jahre im Interesse einer ausreichenden Brotversorgung verzichten.

—* Gütersperre. Industrie und Handel leiden seit geraumer Zeit unter der Gütersperre, welche durch die Kriegsmaßnahmen, durch die Kartoffel- und Rübentransporte hervorgerufen wurde. Der Handelskammer Dresden sind von zahlreichen Firmen des Bezirks Klagen und Wünsche auf Aufhebung der Gütersperre vorgetragen worden. Sie ist in der Angelegenheit wiederholt bei den Eisenbahnbehörden vorstellig geworden. Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen hat den Vorstellungen ihr Ohr nicht verschlossen, sondern hat in Verfolg der schriftlichen Vorstellungen und mündlicher Erörterungen mit Vertretern der sächsischen Handelskammern Abhilfsmaßnahmen eingeleitet. Unter anderen wurde die Freiliste der Güter, welche zum beschleunigten Eil- und Frachtstückgutverkehr zugelassen sind, durch eine Verfügung vom 7. November 1917 neu aufgestellt und durch Verfügung vom 27. und 28. November 1917 erweitert. Die Generaldirektion mußte sich darauf beschränken, hierbei die dringendsten Konsumartikel und Weihnachts-Saison-Artikel zu berücksichtigen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß nach einer der Handelskammer Dresden zugegangenen Mitteilung damit gerechnet werden darf, daß im Laufe des Dezember die Gütersperre nach und nach aufgehoben werden wird.

—ff Die beste Verwertung von Feldpostbriefen usw. Feldpostbriefe, Tagebuchblätter und ähnliche Aufzeichnungen können militärisch und kriegsgeschichtlich von großer Bedeutung sein. Um den Verlust wertvollen Stoffes vorzubeugen, möchten daher alle, die sich im Besitze solcher Aufzeichnungen befinden und sie herzugeben bereit sind, ausschließlich und unmittelbar einer militärischen Dienststelle den Besitz übertragen mit der Bestimmung, das der Aufbewahrung Würdige dem Generalstab oder dem Kriegsarchiv zuzuführen. Außer den Ersatztruppenteilen und den Garnisonkommandos werden die Presseabteilungen der stellv. Generalkommandos XII und XIX in Dresden und Leipzig das Gebotene gern entgegennehmen. Auch die vielfach erforderliche Geheimhaltung des Stoffes wird durch die Ablieferung am sichersten erreicht.

—* Unterstützung bedürftiger Gefangener. Der Landesausschuß des Roten Kreuzes in Dresden bringt erneut in Erinnerung, daß Gefangenen in Feindesland in allen den Fällen Unterstützungen gewährt werden, in denen die Ortsbehörden bescheinigen, daß deren Angehörige nicht in der Lage sind, den Gefangenen aus eigenen Mitteln Geld und Liebesgaben zukommen zu lassen. Für Gefangene, die keine Angehörigen besitzen, können Anträge auch durch Behörden, Bekannte oder Freunde gestellt werden. Vordruckformulare, die genau auszufüllen und vom Stadtrat bez. Gemeindevorstand der Heimatsbehörde zu begutachten sind, sind außer beim Landesausschuß des Roten Kreuzes, Dresden, Zingenbergstraße 17, bei den Ortsbehörden erhältlich.

— Grüße auf Feldpostkarten. Privatpersonen, welche die von beurlaubten Heeresangehörigen portofrei unter „Feldpost" abgesandten Postkarten usw. mit Zusätzen oder auch nur mit ihrer Unterschrift versehen, verstoßen gegen das Postgesetz (Mindestgeldstrafe 3 Mark), da die Portofreiheit dem Heeresangehörigen nur allein zusteht; dabei wird der Soldat mit bestraft, wenn er die Unterzeichnung der Postkarte usw. durch Personen, die nicht dem Heere angehören, veranlaßt oder geduldet hat. Ob eine Portohinterziehung beabsichtigt oder aus Unkenntnis des Gesetzes begangen ist, bleibt bei der Strafverfolgung ganz außer Betracht. Da die Straffälle wegen Portohinterziehung sich in letzter Zeit außerordentlich vermehrt haben, wird vor derartiger mißbräuchlicher Anwendung der Bezeichnung „Feldpost" eindringlich gewarnt.

— Ein Zaubermittel. Wir sind — schreibt man aus Geithain — auf dem Wege, zum Tauschhandel zurückzukehren. Kommt'n Leute vom Lande gegenwärtig in einen Handwerker-Laden so heißt es, Ausbesserungen werden diesen Monat nimmer angenommen, neue Ware ist nicht mehr da! Hat der Kunde aber ein Körbchen oder gar einen Korb bei sich, dem man ansieht, daß etwas Eßbares darin ist, dann ist man plötzlich so freundlich wie im Frieden und läßt mit sich reden. Das gleiche ist auch in den Geschäftshäusern der Fall; zeigt man sich dort bereit, Nahrungsmittel als Zahlung zu geben, dann gibts plötzlich noch zurückgelegte Schürzen, Hemden und alles mögliche. Solchen Tauschgeschäften soll jetzt polizeilich mit der nötigen Aufmerksamkeit nachgegangen werden.

—HD. „Heimatdanknachrichten". Die erste Dezembernummer der „Heimatdanknachrichten" in welcher zu der am 19. Dezember 1917 mittags 12 Uhr im Vereinshause zu Dresden stattfindenden Tagung des Landesrats der Stiftung Heimatdank eingeladen wird, enthält unter anderem Ausführungen über die zur Zeit bestehende Notwendigkeit, Kriegsbeschädigte möglichst den kriegswirtschaftlich wertvollen Berufen zuzuführen, und bringt eine Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos XII über die Kriegsbeschädigtenfürsorge im Korpsbereiche zum Abdruck, die insbesondere für das gemeinsame Zusammenwirken der militärischen Dienststellen und des Heimatdank auf dem Gebiete der Berufsberatung und Berufsausbildung Richtlinien aufstellt. In der Nummer ist auch ein beachtenswerter Erlaß des preußischen Kriegsministeriums zum Abdruck gebracht, der den Generalkommandos zur Pflicht macht, Versuchen der Unternehmer, die Versorgungsgebührnisse Kriegsbeschädigter auf Lohn und Gehalt anzurechnen, nachdrücklich entgegenzutreten.

* Zeithain. Der Soldat Alfred Thieme, Sohn des Wagenschreibers Karl Thieme, hier, wurde mit der Friedrich-August-Medaille ausgezeichnet.

* Strehla. Herrn Bürgermeister Burkhardt wurde das Kriegsverdienstkreuz verliehen.

Oschatz. Sonnabend-Nacht ist die Gattin des „alten Schumann" ihrem am Donnerstag heimgegangenen Lebensgefährten nachgefolgt.

Dresden. Bei kurzer Rast gelegentlich einer Feldbienstübung einer Kompagnie fand am 29. November ein Hornist dieser Kompagnie in unmittelbarer Nähe links der Straße an der Heidemühle unter einer Fichte auf der rechten Böschung der Prießnitz ein Seitengewehr, Mütze und Waffenrock eines Einj.-Freiw.-Gefreiten. Am 30. November war der betreffende Hornist abermals mit zur Feldbienstübung einer anderen Kompagnie an derselben Stelle und fand etwa 50 Meter von der gestrigen Fundstelle die Prießnitz abwärts einen menschlichen Körper mit dem Gesicht nach unten im Wasser liegend. Nach der im Waffenrock gefundenen Brieftasche gehörten die Sachen dem seit Sonntag, den 25. November von der Kompagnie verschwundenen Gefreiten Paul Richter eines hiesigen Infanterieregiments. Richter stammt aus Radeberg. Bei der am 30. November nachmittags durch die Kriegsgerichtskommission erfolgten Aufhebung zeigten sich am linken Handteller in der Nähe der Schlagader ein tiefer Schnitt und am rechten Handgelenk mehrere Stiche. Es erscheint Selbstmord wahrscheinlich. Richter hatte mit einer Pflegerin aus einer Klinik ein Liebesverhältnis, das anscheinend von der Pflegerin am Sonntag gelöst worden war.

Chemnitz. Anläßlich seiner Ernennung zum Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 104 sandte Seine Königl. Hoheit Kronprinz Georg folgendes Telegramm an den Rat der Stadt Chemnitz: „Se. Majestät hat die Gnade gehabt, mich am heutigen Tage zum Kommandeur des 5. Infanterie-Regiments „Kronprinz" Nr. 104 zu ernennen. Ich bin stolz und glücklich, an der Spitze der Chemnitzer zu stehen und sie vor dem Feinde zu führen. Allen Angehörigen seiner lieben 104er sende ich einen herzlichen Gruß. 30. November 1917. Kronprinz Georg." — Der Rat der Stadt hat darauf an den Kronprinzen und an den König Depeschen gesandt, in denen den Gefühlen des Dankes und der Freude über diese Ernennung Ausdruck verliehen wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Reichswirtschaftsamt und Zusammenlegung von Betrieben. Man schreibt uns: In Zukunft wird die Zusammenlegung von Betrieben ausschließlich vom Reichswirtschaftsamt bearbeitet werden. Bisher lag die Regelung dieser wichtigen Frage in den Händen des Technischen Stabes des Kriegsamts. Dieser Stab ist nunmehr aufgelöst worden. Der Chef des Kriegsamts hat hierüber an die beteiligten Kreise folgende Mitteilung ergehen lassen: Bei der Bearbeitung der Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben hatte es sich in steigendem Maße gezeigt, wie weitgehend alle diese Maßnahmen in die zukünftige wirtschaftliche Gestaltung der industriellen und gewerblichen Verhältnisse eingreifen. Diese Tatsache hat mich bewogen, das Reichsamt des Innern zu ersuchen, die Behandlung aller dieser Fragen in das neu gegründete Reichswirtschaftsamt zu übernehmen, da es unbedingt notwendig ist, daß diese wichtigen Aufgaben von einer Reichsstelle zentral durchgeführt werden. Die Reichsleitung hat dieser Anregung entsprochen und sich bereit erklärt, die Bearbeitung in Zukunft zu übernehmen. Damit wird der durch die Verfügung vom 22. Dezember 1916 gegründete Ständige Ausschuß für Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben seiner Arbeit enthoben.

Bundesstaatliche Steuern für das Reich. In der badischen zweiten Kammer betonte der Finanzminister Rheinbold, daß eine stärkere Beeinflussung der bundesstaatlichen Steuern durch das Reich zu erwarten sei. Die Bundesstaaten müßten darauf vorbereitet sein, daß sie auf einen Teil der ihnen jetzt zur Verfügung stehenden Einnahmen zu Gunsten des Reiches Verzicht leisten müssen. Eine vollkommene Ueberlassung der direkten Steuern an das Reich sei jedoch nicht zu befürworten, auch wenn man in der Monopolisierung nicht das Allheilmittel erblickt.

Der „Reichsanzeiger" bringt 4 Bekanntmachungen der Reichsbekleidungsstelle über baumwollene Verbandstoffe, über die zu ihrem Erwerb und ihrer Veräußerung berechtigten Stellen, über eine Aenderung der Ausnahmebewilligung zu § 7 der Bundesratsverordnung betr. Lieferungen an Kleinhändler und Bearbeiter auf Grund der Bescheinigung 4 sowie zur Abänderung der Bekanntmachung über Bezugsscheine gegen Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche und ihre Ausdehnung auf Schuhwaren und Uniformen.

Vermischtes.

Sturmverwüstungen in Hamburg. Der in der Nacht zum Sonntag einsetzende Weststurm brachte der Elbe wieder eine ungeheure Sturmflut, die diejenige vom 25. November noch erheblich übertrifft. Am Sonntag um 6 Uhr abends hatte das Wasser mit 17 Fuß über Null seinen höchsten Stand erreicht. Die im Hafen liegenden Straßen